

Antrag Nr. 22-F-63-0119

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Ersetzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 08.11.2022 zu TOP 5 TO I „Zukunft von Galeria Karstadt - Für den Erhalt kämpfen, auf den Worst Case vorbereitet sein“ für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 08. November 2022

Antragstext:

Der Ausschuss möge beschließen,

- Der Ausschuss erklärt seine Solidarität mit den Beschäftigten der beiden Wiesbadener Standorte und appelliert an die soziale Verantwortung von Galeria Karstadt Kaufhof als Arbeitgeber. An dem Standort, an dem strukturelle Anpassungen unumgänglich sind, muss gemeinsam mit dem Betriebsrat und Ver.di auf sozialverträgliche Lösungen hingewirkt werden.

Der Magistrat wird gebeten,

1. das Gespräch mit der örtlichen Filialleitung, Betriebsrat und Ver.di zu suchen, um auszuloten, welche Möglichkeiten es gibt, die Standorte zu erhalten;
2. im Rahmen seiner Möglichkeiten geeignete Maßnahmen zu unterstützen, die dem Erhalt beider Warenhäuser und Arbeitsplätze in Wiesbaden dienen;
3. sich für die Beschäftigten einzusetzen und an die Konzernleitung zu appellieren, die Mitarbeiter*innen von Galeria Karstadt Kaufhof GmbH weitgehend zu übernehmen;
4. sollte ein Standort dennoch nicht erhalten werden können, sich frühzeitig um ein Gespräch mit den Eigentümern der Gebäude zu bemühen, um mehr über mögliche Planungen und potenzielle Nachmieter zu erfahren,
5. in diesen Gesprächen die Interessen der Stadt zu verdeutlichen (zügige Nachnutzung, kein Leerstand, neue Nutzungsmischungen voranbringen) und eine konstruktive Zusammenarbeit anzubieten,
6. zu prüfen und zu berichten, wie die Stadt - nicht nur hier, sondern auch in künftigen ähnlich gelagerten Fällen - in einen engeren, vorsorgenden Dialog mit Immobilieneigentümern und Einzelhandelsunternehmen treten kann;
7. eine Einschätzung dazu abzugeben, inwieweit die Einführung einer Vorkaufssatzung nach §25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB dafür geeignet ist, die Interessen der Stadt bei Immobiliendeals geltend zu machen und nach dem Vorbild von Hanau¹ auch unabhängig von einem eigenen Kaufinteresse Einfluss auf künftige Nutzungen zu nehmen.

Wiesbaden, 08.11.2022

Gesine Bonnet
Fachsprecherin
(Fraktion B90/Die Grünen)

Aman Yoseph
Fachsprecher
(SPD - Fraktion)

Linda Marschall
Fraktionsreferentin
(Fraktion B90/Die Grünen)

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
(SPD - Fraktion)

¹ <https://www.op-online.de/region/hanau/hanau-will-vorkaufsrecht-gegen-spekulanten-fehlentwicklungen-vorgehen-13346937.html>

Antrag Nr. 22-F-63-0119
Grüne, SPD, Linke und Volt

Ingo von Seemen
Fachsprecher
(Die LINKE. - Fraktion)

Achim Sprengard
Fachsprecher
(Volt - Fraktion)

Jasper Klos
Fraktionsreferent
(Die LINKE. - Fraktion)

Sascha Kolhey
Fraktionsreferent
(Volt - Fraktion)